

Niveau und Qualität von Beschäftigung

Gleiche Verhältnisse in Ost und West noch nicht in Sicht

Die Arbeitsmärkte in West- und Ostdeutschland weisen rund 20 Jahre nach dem Fall der Mauer noch immer erhebliche Unterschiede auf. An der Oberfläche lässt sich das am Umfang der Erwerbstätigkeit oder der Arbeitslosigkeit messen. In der Tiefe liegen strukturelle Unterschiede, die weit seltener im Blickfeld sind. So dominieren im Osten andere Branchen als im Westen. Auch die Qualität der Arbeit ist oft eine andere. Obwohl Ostdeutschland in den meisten Bereichen noch weit unter dem Niveau des Westens liegt, hat sich der Abstand in den letzten 15 Jahren spürbar verringert.

Die historisch bedingten Besonderheiten und der Wandel der Arbeitsgesellschaft, der sich in Ost- und Westdeutschland verschiedenartig auswirkte, haben zu unterschiedlichen Arbeitsmarktbedingungen geführt. In der Folge klappte die Entwicklung in Ost und West auseinander. Während sich die Erwerbstätigkeit in Westdeutschland in den letzten 20 Jahren – mit Ausnahme der Jahre 1995 und 1996 – immer in die gleiche Richtung wie das Bruttoinlandsprodukt veränderte, war dies in Ostdeutschland keineswegs der Fall. Dort gab es in den frühen 1990er Jahren trotz hoher Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes deutliche Beschäftigungsverluste. Der ostdeutsche Arbeitsmarkt hat erst in der jüngeren Vergangenheit vom Wirtschaftswachstum profitiert. Dies zeigt sich insbesondere an der Zahl der Erwerbstätigen. Während sie von 1995 bis 2005 deutlich gefallen ist, verläuft die Entwicklung seither parallel zu derjenigen in den alten Bundesländern (siehe Abbildung 1 auf Seite 34).

Die Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen hat sich in Ost- und Westdeutschland seit dem Jahr 1996 anteilmäßig kaum verändert: In Westdeutschland sind mehr Erwerbstätige im eher exportstarken produzierenden Gewerbe zu finden, in Ostdeutschland hingegen bei öffentlichen und privaten Dienstleistern sowie im Baugewerbe.

Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stellen die stärkste Gruppe unter den Erwerbstätigen. Ihre Zahl nahm in Ostdeutschland von 1995 bis 2005 um etwa 22 Prozent ab. Erst mit Beginn des letzten Aufschwungs legte sie wieder zu und stieg, nachdem sie im Krisenjahr 2009 stagnierte, im Zuge der wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2010 erneut an. Wie bei der Erwerbstätigkeit zeigt sich bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung insgesamt eine geringere Konjunkturabhängigkeit Ostdeutschlands.

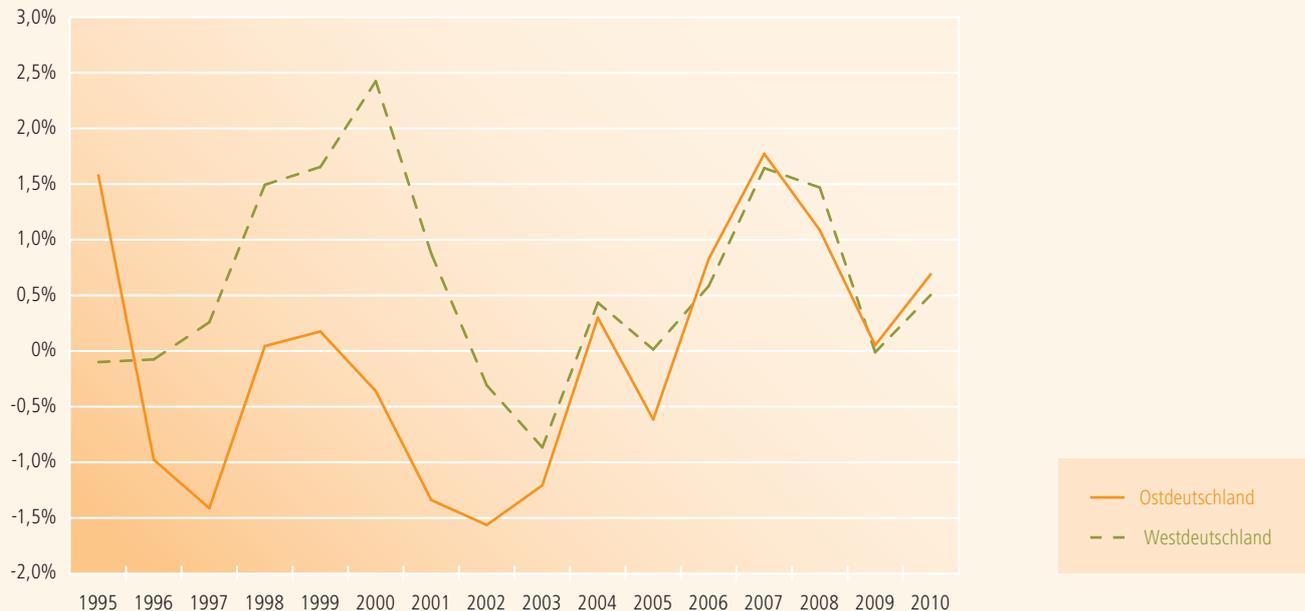
Die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland war im vergangenen Jahr noch immer fast doppelt so hoch wie im Westen, obgleich sie in beiden Landesteilen seit 2005 deutlich sank (vgl. Abbildung 2 auf Seite 35). Aufgrund der niedrigeren Löhne im Osten wäre zu erwarten gewesen, dass Unternehmen in erheblichem Umfang in den neuen Ländern investieren und sich dort ansiedeln. Die relativ höheren Löhne in Westdeutschland sollten zudem bewirken, dass mehr ostdeutsche Arbeitslose eine Beschäftigung in den alten Bundesländern aufnehmen. Insbesondere Letzteres hat gegenläufige Effekte auf die Arbeitslosigkeit. Einerseits senkt die Abwanderung von Arbeitslosen unmittelbar das Niveau der Arbeitslosigkeit. Andererseits geht dadurch Güternachfrage verloren. Dies schwächt die Wirtschaft und damit auch die Investitionsanreize. Inner-



Abbildung 1

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen in Ost- und Westdeutschland von 1995 bis 2010

im Vergleich zum Vorjahr, in Prozent



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, März 2011.

©IAB

halb beider Landesteile – etwa auf der Ebene der Landkreise – gibt es große Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt. Sie sind hinsichtlich der Arbeitslosenquote einer Studie von Uwe Blien und anderen Wissenschaftlern aus dem Jahr 2009 zufolge im Osten etwa gleich stark ausgeprägt wie im Westen.

Löhne und Einkommen

Die Löhne und Einkommen in Ostdeutschland sind immer noch deutlich niedriger als in Westdeutschland. So lagen nach den Verdiensterhebungen des Statistischen Bundesamtes die nominalen Bruttostundenverdienste in den neuen Ländern im ersten Quartal 2010 bei circa 75 Prozent des Westniveaus. Es bestehen jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Branchen. In der öffentlichen Verwaltung liegen die Bruttostundenverdienste im Osten nur noch knapp vier Prozent unter denen im Westen,

wohingegen im Verarbeitenden Gewerbe lediglich knapp zwei Drittel des Westniveaus erreicht werden.

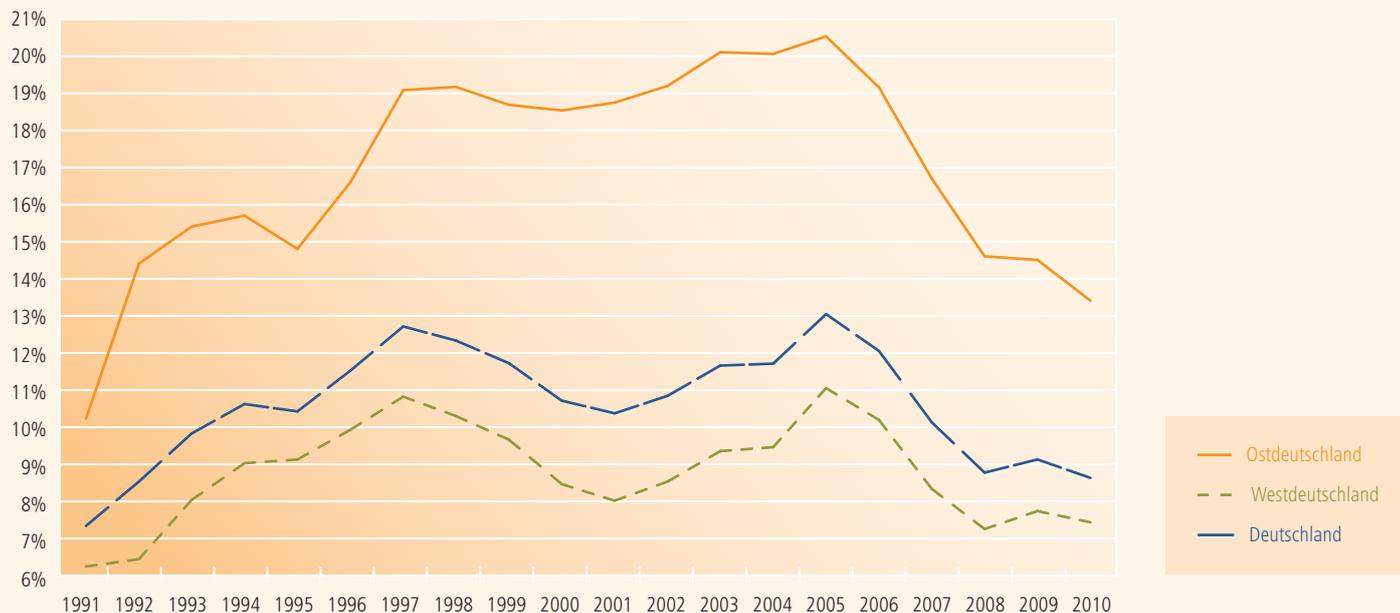
Rupert Kawka zeigt in seiner Studie aus dem Jahr 2010 auf der Grundlage regionaler Preisindizes, dass die realen Einkommen in Ostdeutschland im Jahr 2005 mit gut 83 Prozent das Westniveau noch nicht erreicht hatten. Unterschiedliche Preise tragen damit nur in geringem Maße zu einer Annäherung der Realeinkommen in Ost und West bei. Dementsprechend ist die Kaufkraft im Osten schwächer als im Westen.

Die Anteile der Beschäftigten im Niedriglohnsektor hingegen unterscheiden sich in den ost- und westdeutschen Bundesländern schon seit längerer Zeit kaum. Dabei wird eine Beschäftigung in Anlehnung an den OECD-Standard dann zum Niedriglohnbereich gezählt, wenn das Arbeitsentgelt, das hierfür erzielt wird, weniger als zwei Drittel des Medianarbeitsentgeltes aller Beschäftigten

Abbildung 2

Arbeitslosenquoten in Ost- und Westdeutschland von 1991 bis 2010

bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen, in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

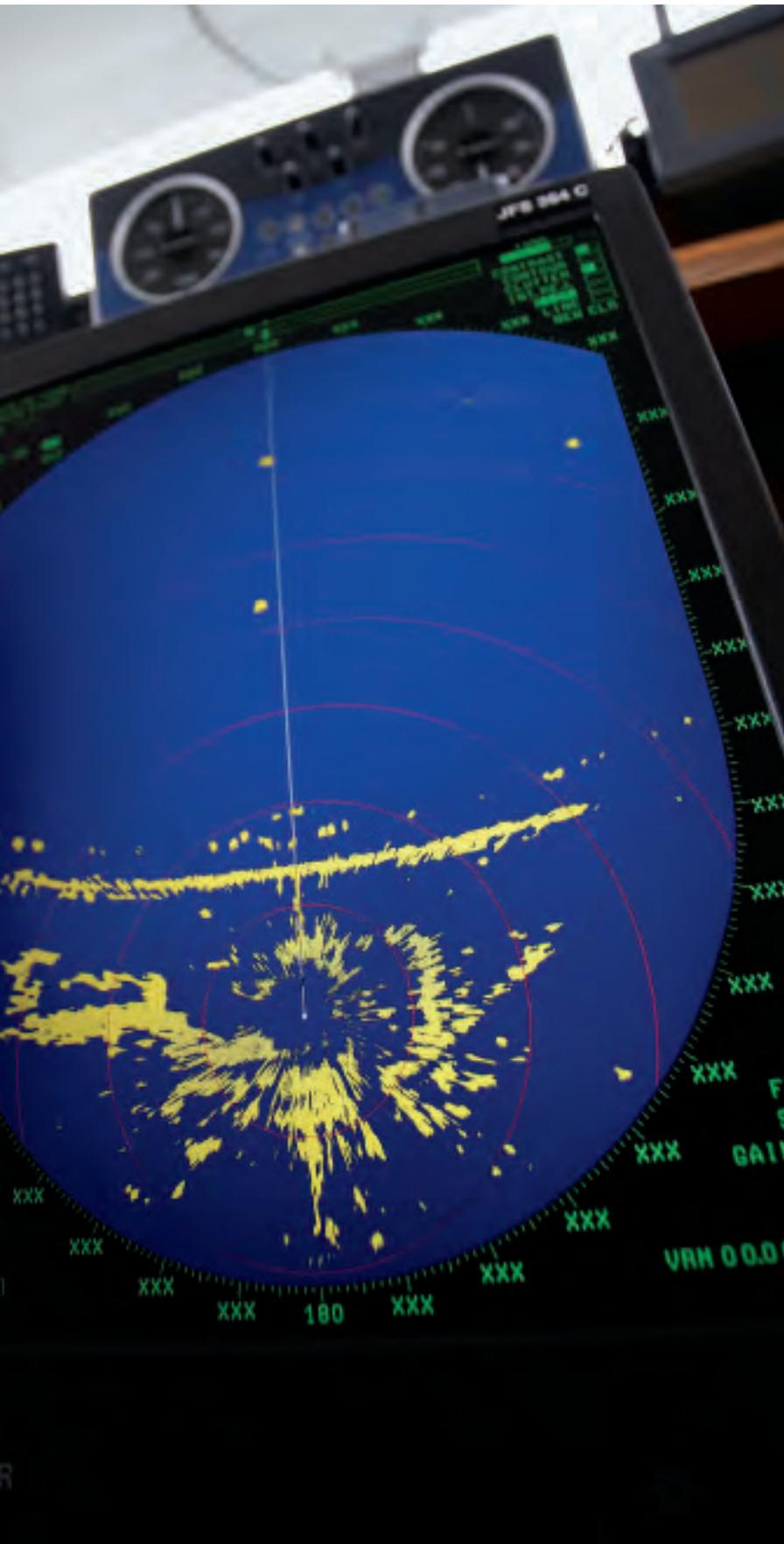
©IAB

beträgt. Im Jahr 2008 war dies bei etwas über 20 Prozent aller abhängig Beschäftigten der Fall. Allerdings lag die nominale Niedriglohnschwelle im Osten mit 6,97 Euro pro Stunde deutlich unter dem westdeutschen Wert von 9,50 Euro. Eine Annäherung der Niedriglohnschwellen zeichnet sich nicht ab, denn der relative Abstand verharrt bereits seit 1995 stabil bei 70 bis 75 Prozent des Westbetrags, so berichten Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf in zwei Studien aus den Jahren 2009 und 2010.

Tarifbindung

Ein wichtiger Aspekt für die Qualität der Beschäftigung in Ostdeutschland ist die dort deutlich schwächer ausgeprägte Tarifbindung. Wie Daten des IAB-Betriebspanels aus dem Jahr 2010 zeigen, unterliegen rund 49 Prozent der ostdeutschen Betriebe keiner Tarifbindung und richten sich auch nicht danach. Jedoch sind nur 27 Prozent

aller Beschäftigten in diesen Betrieben angestellt. In Westdeutschland haben etwa 25 Prozent der Betriebe keine Tarifbindung, davon sind 18,5 Prozent aller Beschäftigten betroffen. Peter Ellguth und Susanne Kohaut erklären den geringeren Beschäftigtenanteil unter anderem damit, dass mit zunehmender Größe der Betriebe die Tarifbindung steigt und der Anteil der Betriebe mit vielen Beschäftigten im Osten deutlich niedriger ist als im Westen. Zudem verzichten vor allem neu gegründete ostdeutsche Betriebe auf eine Tarifbindung. Eine Angleichung zeichnet sich nicht ab. In beiden Landesteilen ist zwar eine vergleichbare Entwicklung zu beobachten, jedoch auf unterschiedlichem Niveau.



„Normalarbeitsverhältnis“ und „atypische Beschäftigung“

Das sogenannte „Normalarbeitsverhältnis“ ist nach dem Mikrozensus wie folgt abgegrenzt: Es ist unbefristet, weist eine Arbeitszeit auf, die der üblichen vollen oder mindestens der Hälfte der üblichen vollen Wochenarbeitszeit entspricht und ist sozialversicherungspflichtig. Zudem müssen Arbeits- und Beschäftigungsverhältnis identisch sein. Diese Bedingung ist wichtig, da manche Tätigkeiten im Rahmen von Beschäftigungsverhältnissen, wie zum Beispiel die Tätigkeit als Fremd-Geschäftsführer, nicht im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses ausgeführt werden. Außerdem ist der Arbeitnehmer im Normalarbeitsverhältnis an die Weisungen des Arbeitgebers gebunden.

Atypische Erwerbsformen sind gegenüber dem Normalarbeitsverhältnis gekennzeichnet durch Abweichungen hinsichtlich der vertraglich vereinbarten Beschäftigungsdauer, der Arbeitszeit, der Bindung an den Arbeitgeber oder auch der Sozialversicherungspflicht. Diese Möglichkeiten der Flexibilisierung reduzieren das Beschäftigungsrisiko auf Seiten der Arbeitgeber. So haben sie einen Anreiz, mehr Arbeitskräfte einzustellen als unter den Bedingungen eines Normalarbeitsverhältnisses. Aus Sicht der Arbeitnehmer haben solche Beschäftigungsverhältnisse oft eine geringe Qualität, weil sie häufig weniger stabil und teilweise schwächer sozial abgesichert sind.

Atypische Beschäftigungsverhältnisse

Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland ist das Normalarbeitsverhältnis (zur Abgrenzung gegenüber atypischer Beschäftigung vgl. Kasten auf Seite 36) immer noch relativ weit verbreitet. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts betrug der Anteil der Arbeitnehmer mit einem Normalarbeitsverhältnis im früheren Bundesgebiet im Jahr 2009 knapp 67 Prozent und in den neuen Ländern fast 70 Prozent (vgl. Abbildung 3 unten).

Die bedeutendste atypische Beschäftigungsform in Ostdeutschland ist die befristete Beschäftigung. Im Jahr 2009 befanden sich über zehn Prozent der Erwerbstätigen in einem befristeten Arbeitsverhältnis; im alten Bundesgebiet waren es hingegen nur knapp sieben Prozent. Sebastian Bechmann und seine Koautoren erklären das mit dem höheren Anteil öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse, der in Ostdeutschland 18 Prozent aller Befristungen ausmacht, im Westen hingegen nur vier Prozent. Betriebe nutzen die Möglichkeit der Befristung auch häufig, um neue Mitarbeiter länger zu prüfen, als es die gesetzliche Probezeit vorsieht.

Im Westen ist die Teilzeitbeschäftigung mit einem Anteil von 15,5 Prozent stark verbreitet, während ihr Anteil in den neuen Ländern nur 8,8 Prozent beträgt. In beiden Landesteilen sind rund 80 Prozent der Teilzeitbeschäftigten weiblich. Die untergeord-

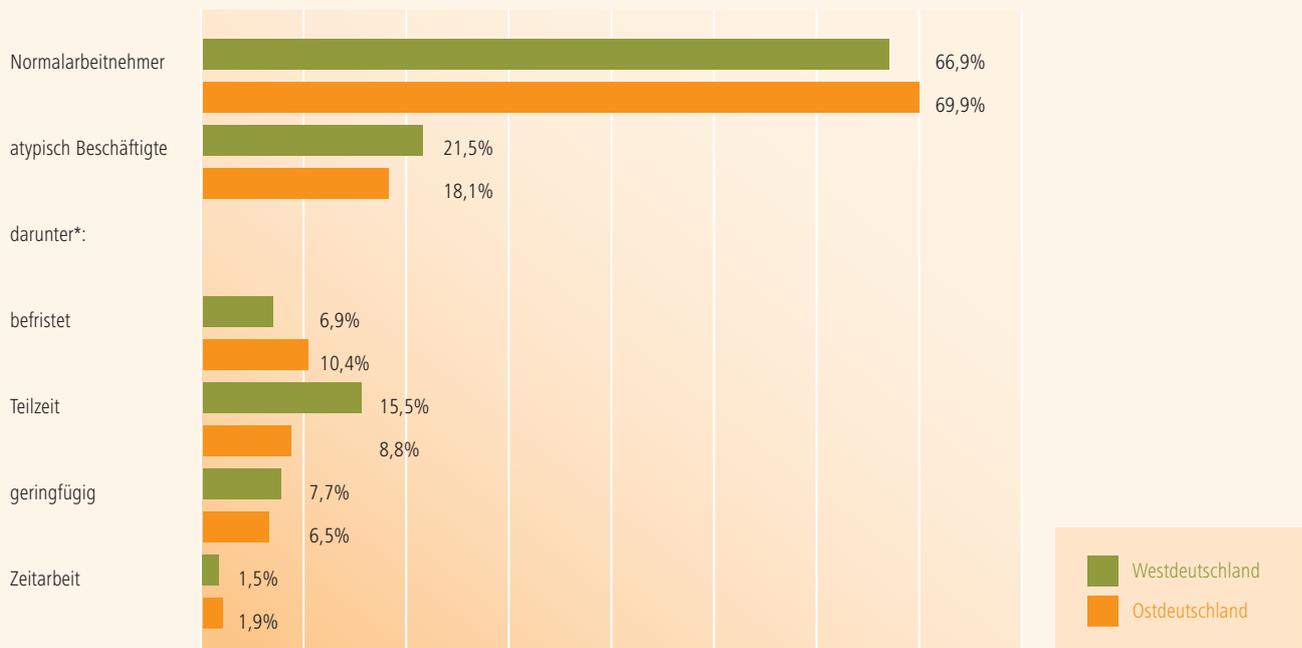
nete Rolle der Teilzeitbeschäftigung in Ostdeutschland kann unter anderem auf das bessere Angebot an Kinderbetreuung und eine generelle, auch historisch bedingt geringere Neigung zur Teilzeitarbeit, zurückgeführt werden. In beiden Landesteilen steigt der Anteil der in Teilzeit beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wobei er in Ostdeutschland in den letzten Jahren relativ stärker zugenommen und sich dem westdeutschen Wert angenähert hat.

Bei der geringfügigen Beschäftigung gibt es nur kleine Unterschiede zwischen Ost und West – ihr Anteil liegt im Osten bei 6,5 und im Westen bei 7,7 Prozent. Das Gleiche gilt für die Zeitarbeit. Sie spielt trotz der intensiven öffentlichen Debatte mit einem Anteil von unter zwei Prozent in beiden Landesteilen zwar für einige Großbetriebe des Verarbeitenden Gewerbes eine größere, gesamtwirtschaftlich aber noch eine eher geringere

Abbildung 3

Ausgewählte Erwerbsformen in Ost- und Westdeutschland 2009

Anteil an allen Erwerbstätigen, in Prozent



* Untergruppen nicht überschneidungsfrei

Quelle: Destatis, Ergebnisse des Mikrozensus



Rolle. Die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter hat sich allerdings unter anderem in Folge der Novellierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in den Jahren 2004 bis 2008 nahezu verdoppelt, wie Sebastian Bechmann und Koautoren in einer Studie aus dem Jahr 2010 festgestellt haben.

Fazit

Obwohl Ostdeutschland mit Blick auf relevante Arbeitsmarktindikatoren sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht schlechtere Werte als der Westen aufweist, hat sich der Abstand in den letzten 15 Jahren deutlich ver-

ringert. Eine vollständige Angleichung der Arbeitsmärkte beider Landesteile ist ohnehin höchst unwahrscheinlich und in absehbarer Zukunft nicht zu erreichen. Die grundlegenden Strukturen der Arbeitsmärkte in Ost und West sind zu unterschiedlich. Viele Menschen berücksichtigen dies mittlerweile in ihren Erwartungen an die weitere Entwicklung. Ohnehin sollte künftig weniger die Ungleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland im Mittelpunkt des Interesses stehen, sondern vielmehr die Angleichung von vergleichbaren Regionen innerhalb des gesamten Bundesgebietes, da auch innerhalb beider Landesteile ein erhebliches regionales Gefälle besteht.

Literatur

Bechmann, Sebastian; Dahms, Vera; Fischer, Agnes; Frei, Marek; Leber, Ute (2010): 20 Jahre Deutsche Einheit. Ein Vergleich der west- und ostdeutschen Betriebslandschaft im Krisenjahr 2009. IAB-Forschungsbericht Nr. 6.

Blien, Uwe; Kaimer, Steffen; Kaufmann, Klara; Phan thi Hong, Van; Werner, Daniel (2009): Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in ostdeutschen Regionen. Entwicklung in konzentrischen Kreisen. In: IAB-Forum Nr. 2, S. 12-19.

Ellguth, Peter; Kohaut, Susanne (2009): Tarifbindung und betriebliche Interessensvertretung in Ost und West. Schwund unterm sicheren Dach. In: IAB-Forum Nr. 2, S. 68-75.

Ellguth, Peter; Kohaut, Susanne (2011): Tarifbindung und betriebliche Interessensvertretung: Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2010. In: WSI Mitteilungen Nr. 5, S. 242-247.

IWH; DIW; ifo Dresden; IAB; HoF; RWI (2011): Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. IWH-Sonderheft Nr. 2, Halle.

Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia (2009): Niedriglohnbeschäftigung 2007 weiter gestiegen – zunehmende Bedeutung von Niedrigstlöhnen. IAQ-Report Nr. 5.

Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia (2010): Niedriglohnbeschäftigung 2008: Stagnation auf hohem Niveau – Lohnspektrum franst nach unten aus. IAQ-Report Nr. 6.

Kawka, Rupert (2010): Die Erhebung von regionalen Preisunterschieden in Deutschland. In: Möller, Joachim; Hohmann, Eckart; Huschka, Denis (Hrsg.) (2010): Der weiße Fleck. Zur Konzeption und Machbarkeit regionaler Preisindizes. IAB-Bibliothek 324. Bielefeld: Bertelsmann, S. 393-418.

Die Autoren



Dr. Ulrich Walwei
ist Vizedirektor des IAB.
ulrich.walwei@iab.de



Michael Stops
ist Referent beim Vizedirektor
am IAB.
michael.stops@iab.de



Frank Pelzel
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter
in der Forschungsgruppe des
Direktors am IAB.
frank.pelzel@iab.de

Der vorliegende Text basiert teilweise auf einem Beitrag der Autoren für ein Gutachten, das ein Konsortium von sechs Forschungsinstituten im Auftrag des Bundesministeriums des Innern mit dem Titel „Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland“ erstellt hat (siehe Literatur).